

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/4

7. Januar 1975

Endlich verbesserte Adoptionsvermittlung

Bald wird es keine vergessenen Heimkinder mehr geben

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Auch 1975 die Menschen im Vordergrund!

Wirtschaftslage erfordert Kooperation aller Parteien

Von Volkmar Gebert MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 36 Zeilen

Volksentscheide in zwei Bundesländern

Gedanken zum Thema Neugliederung der Länder

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Tendenzwende?"

Seite 6 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120-468
Freihaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 28 50 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 28 50 37 - 38

Endlich verbesserte Adoptionsvermittlung

Bald wird es keine vergessenen Heimkinder mehr geben

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundeministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Die kleine Adoptionsreform, die im Sommer 1973 in Kraft trat, hat die gravierendsten Nachteile des Adoptionsrechts im Interesse der Kinder beseitigt: Das Alter der Adoptiveltern wurde von 35 auf 25 Jahre herabgesetzt und die Voraussetzungen dafür, daß die Einwilligung zur Adoption anstelle der Eltern auch vom Vormundschafftsrichter gegeben werden kann, wurden erleichtert. Der Gesetzentwurf zur Gesamtreform des Adoptionsrechts wurde im November 1974 vom Kabinett verabschiedet. Die Adoption wird so ausgestaltet werden, daß das angenommene Kind in allen rechtlichen und sozialen Bezügen voll in die neue Familie integriert wird. Aber die Praxis hat gezeigt, daß die Verbesserungen des Adoptionsrechts von 1973 nicht voll wirksam werden können, solange nicht auch die Adoptionsvermittlung verbessert wird.

Rund 7.000 Kinder werden jedes Jahr adoptiert. Am Ende eines Jahres warten immer noch weitere 3.000 Kinder auf Eltern, die bereit wären, sie zu adoptieren. Aber demgegenüber gibt es sogar doppelt bis dreimal so viele Eltern, die gern ein Kind adoptieren würden und auch die Voraussetzungen dafür erfüllen, aber die kein Kind gefunden haben. Hier besteht ein Mißverhältnis, das wir mit dem neuen Adoptionsvermittlungsgesetz beheben wollen. Der Entwurf eines Gesetzes zur Vermittlung zur Annahme an Kindes Statt, wie das Gesetz genau heißt, wurde dieser Tage vom Kabinett beschlossen. Ganz offenbar war es in der Praxis ja so, daß Kinder ohne Eltern nicht immer "Eltern ohne Kinder" fanden. Mit überregionalen Adoptionsvermittlungsgastellen bei den Landesjugendämtern soll gewährleistet werden, daß auch ein Kind das zum Beispiel in Bayern keine Adoptionseltern gefunden hat mit Eltern in Schleswig-Holstein, die lange vergeblich auf ein Kind gewartet hatten, zu-

sammengebracht werden kann.

Viele der 3.000 Kinder, für die keine Adoptiveltern gefunden werden konnten, sind sogenannte Problemkinder. Sie sind meist schon älter, haben längere Zeit in Heimen verbracht und zeigen nicht selten Hospitalismusschäden. Aus diesen Gründen konnten sie bisher nicht vermittelt werden. Natürlich wünschen sich die meisten Adoptiveltern einen gesunden Säugling. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß viele Eltern nach eingehender Beratung und Aufklärung auch bereit sind, ein älteres, schwierigeres oder ein behindertes Kind zu adoptieren. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, sieht der Gesetzentwurf die Beratung ausdrücklich vor und garantiert auch einen Rechtsanspruch auf fachmännische Beratung, wenn die Adoption bereits vollzogen ist.

Die Zahl der gegenwärtig 643 Adoptionsvermittlungstellen bei den Jugendämtern und der 156 Stellen bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege soll in Zukunft wesentlich verringert werden; die Stellen sollen dann jedoch nicht ausgesprochenen Fachleuten besetzt sein. Nur so kann die Beratung zu dem werden, was das Gesetz bezweckt: eine echte Chance für die Kinder und die Eltern, in eine möglichst enge Beziehung zueinander zu kommen. In Zukunft wird auch die Gefälligkeitsvermittlung durch Nichtfachleute verboten. Nur 40 bis 60 vH. der Adoptionen werden zur Zeit von den offiziellen Stellen vermittelt, die anderen von Hebammen, Ärzten, Jugendpflegern und Privatpersonen. Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als ob der Gesetzentwurf der Bürokratie Vorschub leisten wolle und die Privatinitiative ausschließen soll. Das ist keineswegs bezweckt. Aber im Interesse der Kinder und auch, um die Adoptiveltern vor Enttäuschungen und falschen Hoffnungen zu bewahren, ist es dringend notwendig, daß die eigentliche Vermittlung bei einer Stelle stattfindet, die über genügend Erfahrung verfügt und eine Adoption nicht nur einmal im Jahr oder gar nur einmal überhaupt vornimmt. Hinweise zu geben auf ein Kind und auf Eltern, die vielleicht bereit wären, es zu adoptieren, steht natürlich auch weiterhin jedem frei.

Vielleicht der wichtigste Punkt des Gesetzes im Interesse der Kinder ist die Meldepflicht. Es ist vorgesehen, daß alle Kinder, die in Heimen untergebracht sind, mit entsprechenden Hinweisen über die Familienverhältnisse halbjährlich dem Jugendamt gemeldet werden müssen. So kann endlich der Mißstand abgeschafft werden, daß Eltern oder ein Elternteil ein Kind in einem Heim unterbringen und sich dann nie mehr um es kümmern. Erst wenn die Tatsache aber über das Jugendamt dem Vormundschaftsrichter überhaupt bekannt wird, kann er die gesetzlich möglichen Schritte einleiten, damit das Kind zur Adoption freigegeben werden kann. Es wird geschätzt, daß mindestens 3.000 bis 5.000 Kinder auf diese Weise herausgefunden werden, die heute noch in Heimen "vergessen" sind, aber nach dem Gesetz zur Adoption freigegeben werden könnten. 55.000 bis 75.000 Kinder werden überprüft werden müssen, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Im Interesse dieser Kinder kann man nur hoffen, daß der Entwurf von Bundestag und Bundesrat möglichst zügig beraten wird.

(- / 7.1.1975/ks/ee)

+ + +

Auch 1975 die Menschen im Vordergrund !

Wirtschaftslage erfordert Kooperation aller Parteien

Von Volkmar Gebert MdL

**Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag
und Mitglied des SPD-Vorstandes**

Das erste Mal seit einer fünfjährigen Phase des beispiellosen Wirtschaftsaufschwungs, der erheblichen Steigerung des Lebensstandards und des sozialpolitischen Fortschritts hohen Ausmaßes gibt es zum Jahresbeginn wieder eine größere Anzahl Arbeitsloser. Sie sind nicht mehr, wie etwa zur Zeit der großen Wirtschaftskrise in den 30er Jahren, Not und Elend ausgesetzt; in vielen Familien ist dennoch aber doch Sorge um die Zukunft eingekehrt. Als eine wesentliche Aufgabe der Politik in Bund und Ländern im kommenden Jahr betrachte ich daher die Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Gewiß, im Vergleich mit allen anderen Ländern steht die Bundesrepublik besser als je zuvor da. Das aber ist nur ein schwacher Trost für die betroffenen Familien. Das gleiche gilt für junge Menschen, die noch keinen Eingang in das Arbeitsleben gefunden haben. Ab 1. Januar 1975 wird durch die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und durch die Einführung des Kindergeldes die soziale Lage weiter verbessert; die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung - ohne Preisgabe der Stabilitätspolitik - muß aber unser Ziel im Jahre 1975 sein.

Die sozialdemokratische Partei in Bayern, nach der letzten Landtagswahl im bayerischen Parlament einer noch übermächtigeren Regierungspartei gegenüberstehend, wird sich dafür einsetzen, daß die vom Bund eingeleiteten Maßnahmen von Bayern tatkräftig unterstützt werden. Wir wollen dabei allerdings die besondere Vorsorge für die wirtschaftsschwachen Gebiete unseres Landes nicht außer Acht lassen, denn dort werden die Menschen zu allererst und am stärksten von Wirtschaftsschwankungen betroffen.

Unsere Befürchtung, daß das weitere Anwachsen der CSU die meiner Meinung nach äußerst wichtige Funktion des Parlaments als Kontrollorgan von Regierung und Verwaltung geschwächt hat, wird immer mehr bestätigt. Die Aufgabe der Opposition im bayerischen Landtag ist deshalb noch gewichtiger geworden. Wir werden versuchen, ihr durch eine stärkere Konzentration auf das Wesentliche gerecht zu werden.

Die Bereitschaft zur Besinnung am Anfang eines Jahres ist eine gute Gelegenheit dafür, wiederum darauf hinzuweisen, daß ein demokratischer Staat nur solange funktionieren kann, wie sich die ihn tragenden Parteien trotz aller Meinungsverschiedenheiten und politischer Gegnerschaft nicht als Feinde betrachten, die schließlich nicht mehr nebeneinander und miteinander leben können.
(- / 7.1.1975/ks/ee)

+ + +

in Kraft treten konnte, war es den Bürgern erst danach möglich, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. In sechs Gebieten waren derartige Volksbegehren erfolgreich; in einem Gebiet ist die Abstimmung durchgeführt worden, in fünf weiteren erfolgt sie nunmehr.

Eine Neugliederung des Bundesgebiets nach Art. 29 Abs.1 GG, mit welcher Länder geschaffen werden sollen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können, wobei die landesmannschaftliche Verbundenheit, der geschichtlich-kulturelle Zusammenhang sowie die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und das soziale Gefüge berücksichtigt werden sollen, bedarf keines Volksbegehrens; dies kann durch einfaches Gesetz erfolgen. Wird durch ein solches Gesetz die Landeszugehörigkeit einzelner Gebiete geändert, so muß der Teil des Gesetzes, der dieses Gebiet betrifft, einer Volksentscheid unterworfen werden. Wird die Regelung durch Volksentscheid abgelehnt und beschließt der Bundestag erneut das Gesetz, so bedarf es eines Volksentscheides im gesamten Bundesgebiet.

Wohl kann der Bundesgesetzgeber ohne formelle Initiative der Bevölkerung tätig werden. Ich bin aber der Auffassung, daß eine so tief eingreifende Änderung nur dann erfolgen sollte, wenn, von der Bevölkerung getragen und deutlich verlangt, ein Länderneugliederungsgesetz diesen Forderungen Rechnung trägt. Bis heute sehe ich nur eine Aktivität der SPD-Landesverbände in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die darauf gerichtet ist, für den Rhein-Neckar-Raum eine dauerhafte, befriedigende Regelung zu finden.

Der Ausgang der vor uns stehenden Volksentscheide wird dann die gesamte Entwicklung in Gang bringen, wenn mindestens ein Viertel der betroffenen Bevölkerung der Abstimmunggebiete dem Volksbegehren zustimmt. Dann muß innerhalb eines Jahres durch Bundesgesetz die Landeszugehörigkeit des betreffenden Gebietsteiles geregelt werden. Dies hätte zur Folge, daß eine Gesamtkonzeption der Neugliederung vorgelegt werden müßte.

(-/7.1.1975/bgy/ks/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Tendenzwende?"

Die "Münchner katholische Kirchenzeitung für das Erzbistum und Passing", das Amtsblatt des Münchner Kardinals Dr. Döpfner, veröffentlichte am 5. Januar unter dieser Schlagzeile einen Artikel ihres Chefredakteurs Hans-Georg Becker.

"Es sind nicht nur die Wahlergebnisse beziehungsweise die Meinungsumfragen der jüngsten Zeit, die uns die schon lange herbeizitierte Tendenzwende signalisieren. Diese Wende hat ja nicht nur für den politischen Raum Geltung; wer nach ist, sieht die Zeichen der Zeit auch anderwärts aufglücken: in den Schulen und Hochschulen, in unserer Kulturlandschaft, und last not least, auch im kirchlichen Raum. Tendenzwende, rechtzeitig zum Jahreswechsel. Was wird uns das neue Jahr in dieser Hinsicht bescheren?"

Vor allem, so meine ich, heißt es aufpassen, daß das Pendel, das jahrelang so einseitig ausgeschlagen hat, nun nicht ebenso einseitig zurückschlägt. Schien die Mode bisher 'links' zu heißen - hüten wir uns davor, künftig (wie lange?) in modisch schickem 'Rechts' gekleidet einherzustolzieren. Moden nutzen sich ab; es gibt eine gewisse Schickeria, die immer dabei ist, immer die Nase im Wind hat, immer vom Hauch des 'dernier cri' umfächelt ist. Aber sie ist nicht ernstzunehmen.

Neben dieser Schickeria gibt es eine gefährliche Sorte, nämlich die Überzeugungstäter, die ihre Gesinnung allerdings jahrelang geschickt zu tarnen verstehen. Wenn ihnen der Wind ins Gesicht bläst, verkriechen sie sich in ihren Löchern; aber wehe, sie wittern Morgenluft. Mit einer steifen Brise im Rücken machen sie vor nichts und niemandem halt. Keiner wird denn geschont, auch und vor allem die nicht, die jahrelang auf gefährlichem Vorposten kämpfen, auch taktieren mußten, um über die Runden zu kommen. Sie, die dann als 'Abweichler' verschrien werden, geraten zuallererst in die Schußlinie jener Aufrechten, die im Warmen und gut gepolstert über den Winter gekommen sind. In Zeiten, die vom Positionsgeschrei der Extremen beherrscht sind, hat die Mitte immer einen schweren Stand. Schon deswegen, weil sie nicht laut genug ist.

Hüten wir uns also, im Sog der Tendenzwende in falsches Fahrwasser zu geraten. Lassen wir uns nicht beeindrucken vom 'rechts-links'-Kriegsgeschrei. Es könnte sonst auch hier leicht sein, daß die letzten Dinge schlimmer werden als die ersten."
(-/7.1.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert